Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 79 (1987)

Heft: 1

Artikel: Für Frieden und Abrüstung

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-355236

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zum Asylgesetz

Der SGB-Kongress wehrt sich gegen eine weitgehende Unterhöhlung des Asylrechts. Die Schaffung von sogenannten Eingangstoren und zwangsmässiger Unterbringung von Asylsuchenden in Lagern würde eine *gefährliche Ghettoisierung* herbeiführen und, wie die Erfahrungen im Ausland zeigen, Rassismus erzeugen.
Der SGB hat die *Lehren des Zweiten Weltkrieges* nicht vergessen: Er weiss, dass Willkür gegenüber Flüchtlingen und Ausländern zu Willkür gegenüber allen Arbeitnehmern führt. Er weiss, dass das Asylrecht nicht nur ein Recht der Verfolgten, sondern auch ein Recht der Schweizer Bürger ist, Zufluchtsuchenden Schutz zu gewähren. Die Erfahrung des Zweiten Weltkrieges lehrt, dass behördliche Willkür gegenüber Flüchtlingen nur durch das aktive Engagement der Bürger verhindert werden kann. Genau dieses Recht des Bürgers, aktiv, helfend Asylsuchenden beizustehen, wird in der Revision des Asylgesetzes unterhöhlt.
Nachdem der SGB seine *Ablehnung gegenüber der Verschärfung* des Asylrechts bereits bei verschiedenen Gelegenheiten formuliert hat, appelliert deshalb der Kongress an alle Teile der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung, sich aktiv gegen die Aushöhlung des Asylrechts zur Wehr zu setzen, sei es in der Gewerkschaftspresse, in den Sektionen und den Einzelgewerkschaften oder gegenüber der Gesamtöffentlichkeit.
Zudem appelliert er an alle Sektionen und Mitglieder, verstärkt *Kontakt mit Asylsuchenden und mit Ausländern* allgemein zu knüpfen, um zu verhindern, dass einmal mehr Fremdenfeindlichkeit zur Spaltung der Arbeitnehmerschaft führt.
Der Kongress erklärt sich *solidarisch* mit all jenen Schweizerinnen und Schweizern, die wegen ihres Engagements gegen unverantwortbare und völkerrechtswidrige Ausschaffungen Verfolgter behördlichen Repressalien ausgesetzt sind.

Für Frieden und Abrüstung

Rund 2000 Milliarden Franken werden jährlich für Rüstung verschleudert. Anderseits sterben Millionen Menschen Hungers oder verfügen nicht über das notwendige Existenzminimum. Das ist ein Skandal. Der Rüstungswahnsinn bindet immense finanzielle Mittel, die für soziale Reformen und zur Sanierung von Umweltschäden – national und weltweit – dringend benötigt würden. Einstehen für Frieden und Abrüstung ist daher zugleich ein Kampf für mehr Gerechtigkeit, Solidarität und Wohlfahrt. Frieden und Völkerverständigung sind auch wichtige Grundlagen für Demokratie und Respektierung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte.
Das Jahr 1986 ist von den Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr des Friedens proklamiert worden. Wenn dies mehr als nur Fassade sein

soll, muss ein Umdenken einsetzen, das in konkrete Taten mündet. Im Einklang mit den Bemühungen der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung fordert der SGB-Kongress:

- Einleitung einer umfassenden Abrüstung unter internationaler Kontrolle. Das bedeutet Verzicht auf weitere Atomwaffentests und auf eine Militarisierung des Weltraums, schrittweise Beseitigung aller Atomwaffen, internationales Verbot chemischer und biologischer Kampfstoffe, Verminderung auch des konventionellen Waffenarsenals und der Truppenbestände.
- Verbot von Waffenexporten in die Länder der Dritten Welt und in Krisengebiete. Dazu sind auch internationale Regelungen und Kontrollen notwendig. Insbesondere muss der Weiterverkauf an Drittländer und damit die Umgehung nationaler Beschränkungen des Handels mit Rüstungsgütern verhindert werden.
- Für die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Güter sind unter Beteiligung der Gewerkschaften rechtzeitig Massnahmen zu treffen, um die Erhaltung der Arbeitsplätze zu sichern. (Laut einer Studie des Europäischen Gewerkschaftsinstituts ermöglicht diese Umstellung sogar mehr Arbeitsplätze.)
- Militärische Abrüstung muss in soziale Aufrüstung umfunktioniert werden, das heisst Bekämpfung von Hunger, Elend und Arbeitslosigkeit, mehr sozialer Ausgleich im Landesinnern und weltweit, Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen.
- Notwendig ist eine Entspannungspolitik zwischen den Machtblökken, was die Verstärkung vertrauensbildender Massnahmen voraussetzt.

Der SGB fordert die *Schweizer Behörden* auf, die Bemühungen um Frieden, Abrüstung und Entspannung kreativ zu unterstützen. Er anerkennt die in den letzten Jahren sichtbar gewordene Tendenz zu einer aktiveren Aussenpolitik des Bundesrates und des zuständigen Departements. Die Ausfuhr von Rüstungsgütern ist schärferen Kontrollen zu unterwerfen. Die Friedensforschung ist auszubauen.
Die Gewerkschaften gehören seit jeher zu den kräftigsten Pfeilern der Friedensbewegung. Dieser humanitären Verpflichtung wollen sie auch künftig treu bleiben.

Zu Nicaragua, Südafrika, Chile, Türkei, Afghanistan, Polen

Der SGB-Kongress solidarisiert sich mit dem Volk *Nicaraguas* in seinem Kampf um Unabhängigkeit und sozialem Aufbau. Er verurteilt die Terroranschläge der Contras, die sogar zum Tod von Entwicklungshelfern und zur Zerstörung von Hilfsprojekten geführt haben, aufs schärfste. Mit ihrer Unterstützung der Contras tragen die USA die Mitverantwortung für die Destabilisierung und die dadurch bewirkte Ausrufung des Aus-